IPG

INTERVIEWS 30.11.2015

„Das Engagement der Bundeswehr in Mali ist sinnvoll“

Katja Müller und Jan Henrik Fahlbusch in Bamako über das deutsche Engagement in Mali und die Sicherheit des Landes.

Die Bundesregierung will das deutsche Engagement in Mali ausbauen und die Franzosen unterstützen. Was ist genau geplant?

Die Bundesregierung beabsichtigt, die deutsche Beteiligung an der UN-Friedensmission in Mali (MINUSMA) auszuweiten. Hierüber wird der Bundestag zu entscheiden haben. Im Gespräch ist eine Stationierung von bis zu 650 Bundeswehrsoldaten in der nordmalischen Stadt Gao an der Seite von niederländischen Blauhelmen. Es handelt sich jedoch um keinen Anti-Terroreinsatz. Vielmehr soll durch die Ausweitung des deutschen MINUSMA-Engagements ein Beitrag zur Stabilisierung Malis geleistet werden. Konkret heißt das, dass die MINUSMA über Patrouillen und Präsenz vor Ort zu mehr Sicherheit beiträgt und in der Regel trotz robustem Mandat nur im Verteidigungsfall zu den Waffen greift. Nur die MINUSMA kann derzeit für stabile Verhältnisse sorgen und damit die Grundvoraussetzungen für eine Umsetzung des Friedensabkommens, den staatlichen Wiederaufbau und die Entwicklung Malis schaffen. Zugleich sollte der Bundeswehreinsatz jedoch auch mit einer Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit einhergehen, um die strukturellen Ursachen der Krise in Mali nachhaltig anzugehen.

In der letzten Woche verübten Terroristen einen Anschlag auf ein von Ausländern stark frequentiertes Hotel in Bamako, bei dem mindestens 21 Menschen starben. Welche Auswirkungen hat der Terroranschlag auf den malischen Friedensprozess?

Es ist nicht zu erwarten, dass der Anschlag den Friedensprozess negativ beeinträchtigen und den politischen Willen zu seiner Umsetzung trüben wird. Die in den zwei Fraktionen „CMA“ und „Plateforme“ zusammengeschlossenen bewaffneten Gruppen, die das

in Algier mit der malischen Regierung verhandelte Friedensabkommen im Frühsommer unterzeichnetet hatten, haben den terroristischen Anschlag in einer gemeinsamen Stellungnahme verurteilt. Die zwei Terrorgruppen „Al-Mourabitoun“ und „Front de libération du Massina“, die sich zum Anschlag auf das Radisson Hotel bekannt haben, verfügen über keinen Rückhalt in der malischen Bevölkerung und sind innenpolitisch bedeutungslos. Es wird jetzt darauf ankommen, den extremistischen Gegnern des Friedensprozesses konsequent sowohl polizeilich und militärisch als auch politisch zu begegnen und gleichzeitig das Friedensabkommen umso zügiger umzusetzen. Auch weiterhin stellt das Friedensabkommen von Algier derzeit die einzige Lösung für die noch nicht beendete Krise Malis dar. In diesem Sinne sollte auch die internationale Gemeinschaft ihr Engagement verstärken, um die Krise nachhaltig zu beenden und Mali eine Chance für Frieden und Entwicklung zu geben.

Wieso kommt Mali trotz des verstärkten Engagements der internationalen Gemeinschaft nicht zur Ruhe?

Mali erlebt seit 2012/2013 eine multidimensionale Krise, die weit über einen militärischen Konflikt hinausgeht. Der Einsatz der internationalen Gemeinschaft, insbesondere Frankreichs, der Vereinten Nationen und der EU hat wesentlich zur Stabilisierung des Landes beigetragen. Die malische Armee wäre allein, das heißt ohne die französische Militärintervention „Serval“ und die UN-Friedensmission MINUSMA nicht in der Lage gewesen, ein Mindestmaß an Stabilität und Sicherheit wiederherzustellen. Mali ist eines der zehn ärmsten Länder der Welt, fast die Hälfte der malischen Bevölkerung lebt in absoluter Armut. Insbesondere für die rasant wachsende malische Jugend bieten sich kaum Zukunftsperspektiven. Gleichzeitig sieht sich Mali heute einer massiven Bildungskrise gegenüber, noch immer sind etwa 60 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Diese Gemengelage bietet den Nährboden, den sich extremistische, aber auch kriminelle Gruppen zunutze machen. Für wenige Hundert Euros erkaufen sie sich die Teilnahme an kriminellen oder terroristischen Aktionen und bieten neben einem „Einkommen“ auch ein religiös aufgeladenes Heilsversprechen an. Die für ihre Friedfertigkeit und Toleranz bekannte malische Gesellschaft steht hier vor großen Herausforderungen.

Was bedeutet das für die weitere Entwicklung Malis?

So verständlich der Wunsch nach einer raschen Bekämpfung des Terrorismus in Mali ist, so wenig realistisch ist er. Gleichwohl sind regionale Ansätze zur Bekämpfung von Terrorismus und

Extremismus etwa im Rahmen des Zusammenschlusses der sogenannten „G5“-Staaten vielversprechend. Im Kern der Krise liegen jedoch Herausforderungen, deren Lösung einen starken politischen Willen sowie eine „gute Regierungsführung“ erfordern. Doch während der politische Wille zu tiefgreifenden politischen und institutionellen Reformen unmittelbar nach der Krise 2012/2013 in Mali durchaus spürbar war, drängt sich heute eher der Eindruck einer Rückkehr zum „business as usual“ auf.

Die Fragen stellte <link ipg unsere-autoren autor ipg-author detail author hannes-alpen _blank external link in new>Hannes Alpen.



Katja Müller
Bamako

Katja Müller leitet gemeinsam mit Jan Henrik Fahlbusch das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali. Zuvor arbeitete sie als Referentin für China, Korea und die Mongolei im Asien Referat der Stiftung in Berlin.



Jan Henrik Fahlbusch
Bamako

Jan Henrik Fahlbusch leitet gemeinsam mit Katja Müller das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali. Zuvor war er für die Stiftung in Moskau tätig.

4 LESERBRIEFE

tini schrieb am 01.12.2015

ob das deutsche Engagement in Mali sinnvoll ist bleibt - wie immer - eine frage der Interessenlage. jedenfalls wird dieses Engagement absehbar nicht die Lage in Mali fundamental ändern. in einer ökonomischen Abwägung darf es damit als Verschwendung bezeichnet werden - wie aktuell alle militärischen Auslandseinsätze jenseits Europa. es gibt dann nämlich konkretere zwecke die erheblich mehr 'bang for the buck' versprechen. aber natürlich, wer ideell oder materiell an solch einem Engagement partizipiert wird hochfliegende abstrakte ziele vorbringen, die solche Aufwendungen im sinne des Betrachters rechtfertigen. in der Rückschau endet dieses Muster leider regelmäßig als Fehlschlag und irgendeine erfolgversprechende Maßnahme bleibt aus.

Adler schrieb am 01.12.2015

nein, der Artikel hat mir nicht gefallen, liegt er doch in der üblichen Tendenz, Kriegshandlungen für richtig zu erklären und das mit widersprüchlichen Argumenten.

Erst Balkan, dann Afghanistan, nun Mali und gleich hinterher Syrien?! Aber wir werfen ja nur Friedensbomben! Die verursachen Kollateralschäden? Das ist halt so! - Und dass die Zivilbevölkerung am stärksten betroffen ist, wird wohl in der Wahrnehmung stets ausgeschaltet, wenn es um unsere sog. "Interessen" geht?!
Dem Volk wird permanent eingetrichtert: da kann man doch nicht einfach zusehen! Helfen? Mit Friedensbomben? - Wie wäre es, wenn endlich unsere Waffenlieferungen thematisiert würden und die Unterstützung von neu gewonnenen "Freunden", die noch vor kurzem als undemokratisch und schlimmer bezeichent wurden?!
Aber wir haben ja jetzt eine Berufsarmee dank eines vormaligen Verteidigungsministers und dann ist "man" ja nicht mehr direkt betroffen wie bei einer Wehrpflichtarmee.
Deutschland ist wieder im wilhelminischen Zeitalter angekommen. Heute nennt man das "wir müssen wieder mehr Verantwortung in der Welt tragen"! Und alle plappern es nach!
Und im Hintergrund werden alle anderen uns viel mehr berührenden Themen, insbesondere die Finanzkrise,

weggeschoben bis das böse Erwachen kommt!

DerWolf schrieb am 02.12.2015

Der Artikel von Frau Müller stellt den Sachverhalt kurz prägnant und treffend dar.
Dass man so eine Lage, wie in Mali. nicht von heute auf morgen lösen kann, sollte jedem klar sein.
Faktum bleibt: Die malischen Sicherheitsorgane sind noch lange nicht in der Lage, für Frieden und Ordnung im eigenen Staat zu sorgen. Daher ist es aus meiner Sicht nur folgerichtig, dass sich die internationale Gemeinschaft hier engagiert. Dass hierbei auch Eigeninteressen der Staaten und wirtschaftliche Aspekte ausschlaggebend für ein Engagement sind, ist nicht von der Hand zu weisen.
Zu ergänzen wäre vielleicht zudem, dass Mali stellt einen der größten Umschlagsplätze für illegale Migration darstellt. Somit sind dann auch die europäischen Sicherheitsinteressen betroffen.
Ab und an lohnt sich, einen Sachverhalt, so wie in diesem Artikel. dezidierter zu betrachten.
Dass dann wieder die üblichen Kommentare kommen, ist zwangsläufig. Es ist halt einfach, eine feste Meinung zu

haben, ohne ständig reflektieren zu müssen.
Mir hat der Artikel gefallen ;-)

Folkmar Biniarz schrieb am 05.12.2015

Ich lese den Satz "insbesondere für die rasant wachsende malische Jugend bietet sich keine Zukunftsperspektive ..." und "Bildungskrise". Wäre es da nicht sinnvoller, statt Militär in Mali gezielt Schule und Alfabetisierung, Ausbildung und sinnvolle Arbeitsplätze für die malische Jugend auf den Weg zu bringen? Die Hoffnungslosigkeit der Jugend wird durch die militärische "Sicherheitslage" nicht beseitigt.
